

Mitteilung des Senats

vom 7. Juni 1907.

Inhaltsverzeichnis.

1. Verkauf einer Grundfläche an der Kirchbachstraße.....	S. 555.
2. Neubau des Verwaltungsgebäudes.....	" 555.
3. Badeanstalten.....	" 555.
4. Straßenbahn.....	" 555.
5. Staatszuschuß für die Schulen der Stadt Vegeßack.....	" 555.
6. Einlauf von Gasöl für das Gaswerk.....	" 556.

1. Verkauf einer Grundfläche an der Kirchbachstraße.

2. Neubau des Verwaltungsgebäudes.

Zu den obengenannten Gegenständen tritt der Senat dem Beschlusse der Bürgerschaft vom 5. d. Mts. bei.

3. Badeanstalten.

Der Senat hat die Polizeidirektion und die Deputation für das Gesundheitswesen mit der von der Bürgerschaft gewünschten Berichterstattung beauftragt.

4. Straßenbahn.

Der Senat hat die Polizeidirektion mit der von der Bürgerschaft gewünschten Berichterstattung beauftragt.

5. Staatszuschuß für die Schulen der Stadt Vegeßack.

Unter dem 6. Februar 1907 hat die Bürgerschaft sich dahin ausgesprochen, daß sie die Erhöhung des Staatszuschusses für die Schulen der Stadt Vegeßack von 40 000 M. auf 41 500 M. für angezeigt halte (Verhdlg. S. 110). Unter dem 8. November 1905 hatte die Bürgerschaft beschlossen, der Stadt Vegeßack als Beihilfe für die von ihr zu übernehmende gewerbliche Fortbildungsschule jährlich die Summe von 1500 M. vom 1. April 1906 ab zu gewähren und den Senat ersucht, diesem Beschlusse beizutreten (Verhdlg. 1905, S. 969). Der Senat hat dann in seiner Mitteilung vom 15. Dezember 1905 (Verhdlg. S. 1070) der Bürgerschaft erklärt, daß er diesem Beschlusse nicht beitreten könne. Die Bürgerschaft hat darauf am 13. Januar 1906 beschlossen, auf ihrem Beschlusse vom 8. November 1905 zu beharren und den Senat ersucht, ihr nunmehr beizutreten (Verhdlg. 1906, S. 32). Zu diesem Beschlusse bedarf es nach dem erwähnten Beschlusse der Bürgerschaft vom 6. Februar d. J. einer Äußerung des Senats nicht mehr. Der Senat ist aber in Rücksicht auf den letzteren Beschluß mit einer Erhöhung des Staatszuschusses für das Schulwesen der Stadt Vegeßack auf 41 500 M. vom 1. April d. J. an einverstanden, nachdem eine vorgenommene Prüfung ergeben hat, daß die der Stadt Vegeßack infolge der Erweiterung des Kreises ihrer Aufgaben auf dem Gebiete des Schulwesens obliegenden Schullasten eine Erhöhung des Staatszuschusses als gerechtfertigt erscheinen lassen. Der Senat geht dabei in Übereinstimmung mit den Ausführungen in seiner Mitteilung vom 15. Dezember 1905 davon aus, daß es sich nicht um eine besondere Beihilfe für die gewerbliche Fortbildungsschule der Stadt, sondern um eine Erhöhung des Staatszuschusses handelt, dessen Verwendung für ihre einzelnen Schulen ihr überlassen bleibt.

Der Senat ersucht demgemäß die Bürgerschaft, sich mit einer Erhöhung des gedachten Staatszuschusses auf 41 500 M. und zu diesem Behuf mit einer Nachbewilligung von 1500 M. für das Rechnungsjahr 1907 einverstanden zu erklären, auch von einer vorgängigen Befragung der Finanzdeputation bei der Geringfügigkeit des Betrages abzusehen.

Auf den weiteren Inhalt des Beschlusses der Bürgerschaft vom 6. Februar d. J. behält der Senat sich vor, bei anderer Gelegenheit zurückzukommen.

6. Einkauf von Gasöl für das Gaswerk.

Die Deputation für die Erleuchtungs- und Wasserwerke hat über den Einkauf von Gasöl für das Gaswerk einen Bericht erstattet, den der Senat unter Vorbehalt seiner Erklärung der Bürgerschaft zur Beschlußnahme hierneben übersendet.

Anlage.

Bericht.

Zur Herstellung des für den rationellen Betrieb des Gaswerks unentbehrlichen Wassergases ist als Carburationsmittel Gasöl notwendig, das aus den Rückständen der Petroleumdestillation und aus den Schwerölen der sächsisch-thüringischen Paraffinindustrie gewonnen wird. In früheren Jahren wurde hier Gasöl sächsisch-thüringischer Herkunft verwendet. Seitdem aber die Zahl der Wassergasanstalten in Deutschland ständig gewachsen ist und als weitere erhebliche Verbraucher die Dieselmotorenanlagen hinzugekommen sind, reichen die in Deutschland verfügbaren Mengen bei weitem nicht mehr aus, und der Bezug von ausländischem Gasöl ist deshalb zur Notwendigkeit geworden. In dem neuen Zolttarif ist diesem Bedürfnis durch eine Zollermäßigung für Gasöl Rechnung getragen und dadurch die Möglichkeit geschaffen worden, Gasöl aus Österreich zu beziehen. Der Bedarf an Gasöl ist aber in Österreich selbst aus denselben Gründen, wie in Deutschland, sehr erheblich geworden, so daß die für den Versand verfügbare Menge kaum mehr genügt. Die Folge davon ist eine stetige Steigerung der Preise, wodurch die Wassergasfabrikation unrentabel zu werden droht. Es ist deshalb für die Gas- und die Petroleummotoren-Industrie eine Frage von äußerster Wichtigkeit, anderweitig Gasöl zu niedrigen Preisen beziehen zu können. Dies ist durch den Bezug von Gasöl aus Nordamerika und aus Rumänien mittels Tankschiffen zu erreichen. Bedingung für diesen Bezug ist die Aufstellung von Tankanlagen an geeigneten Plätzen.

Um einen solchen billigen Bezug von Gasöl möglich zu machen, haben sich eine Anzahl von Stadtverwaltungen und Handelsgesellschaften zu einer Gesellschaft m. b. H. vereinigt, deren Zweck es ist, den Gesamtbedarf einzukaufen und das Gasöl zum Selbstkostenpreise an die Gesellschafter abzugeben. Die Bedarfsmenge, mit der gerechnet wird, beläuft sich auf etwa 1800—2000 Doppelwaggon im Jahre, während der jährliche Bedarf unseres Werkes etwa 80—90 Doppelwaggon beträgt. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 150 000 M., das zum Bau von Tankanlagen in Hamburg und Regensburg verwendet wird, weil sich von diesen Plätzen der Absatz des Oles an die Gesellschafter am günstigsten bewerkstelligen läßt.

Der Bezug unseres Bedarfes an Gasöl durch die Gesellschaft gewährleistet unserer Verwaltung billigere Preise als bei freihändigem Einkauf; aus diesem Grunde empfiehlt sich der Beitritt zu der Gasöl-Verkaufsgesellschaft, wozu die Einzahlung von etwa 3500 M. erforderlich ist.

Die Deputation ersucht deshalb Senat und Bürgerschaft, genehmigen zu wollen, daß sie sich mit einem Kapitale von 3500 M. an der Gasöl-Verkaufsgesellschaft beteilige, wobei sie darauf hinweist, daß ihre jährlichen Ausgaben für Gasöl etwa 90—100 000 M. betragen.

Gleichzeitig ersucht sie, die Anschaffung eines Cysternenwagens für das Gaswerk zum Bezuge des Gasöles von der Tankanlage in Hamburg genehmigen und die dafür erforderlichen Anlagekosten von 4500 M. auf den Fonds für außerordentliche Verwendungen bewilligen zu wollen.

Bremen, den 5. Juni 1907.

Die Deputation für die Erleuchtungs- und Wasserwerke.

(gez.) **Wessels.** (gez.) **G. F. Herm. Vietich.**